

Redebeitrag

Plenum, 25.04.2016

Dok. 112 (2015-2015) Nr.1– Resolutionsvorschlag: Verfahren der Stimmabgabe

-Michael Balter-

-Es gilt das gesprochene Wort-

Sehr geehrte Damen und Herren,

Es geht wieder um Wahlen –
Und wie heißt es so treffend:
Wahlen sind das Herz der Demokratie –

Meine Damen und Herren,

erlauben Sie mir, dass ich kurz den Herzinfarkt der letzten Wahlen in Erinnerung rufe – und die Frage stelle, wie es dem Patienten geht, und was zu seiner Genesung auserkoren wurde.

Damals vor knapp 2 Jahren hieß es noch,
dass so etwas wie bei den Wahlen vom Jahr 2014 und der berühmten Informatik Panne nie wieder geschehen dürfe.

Von einer richtigen Therapie kann dann keine Rede sein, im Gegenteil.
Wie so oft in solchen Dingen, wollte die Mehrheit das Gras drüber wächst,
und es in Vergessenheit gerät, aber damit ist dem Patienten nicht geholfen.

Hier nochmals kurz zur Erinnerung:
Eine Informatik Panne beim elektronischen Wahlsystem hatte vor zwei Jahren dazu geführt, dass in Belgien mehr als 2000 Karten nicht ausgelesen werden konnten, und hier in der DG, hätte dies zu einer Sitz Änderung führen können.

Egal wie gering diese Wahrscheinlichkeit war, sie war da.
Und auch ist es verfassungswidrig, so wie es hier in der DG geschehen ist,
Stimmen von Bürgern zu annullieren, wenn dadurch ein Sitz sich ändern würde.

Aber dies hat die Mehrheit nicht abgeschreckt.
Nein, das Begehren Macht zu erhalten, war stärker.
Und dafür schreckt man auch nicht davor zurück die Verfassung zu brechen.
So wie dies hier in diesem Hause, seitens der Mehrheitskollegen vor
zwei Jahren geschehen ist.

Bismarck hat mal gesagt:
„Wer die Macht in Händen hat, geht dann in seinem Sinne vor.“

All dies ist bekannt, man hat verschiedenen Wählern ihr Recht der
Stimmabgabe genommen, weil die Verantwortlichen nicht im Stande waren
dem Wähler ein fehlerfreies System zur Verfügung zu stellen.

Und dies nicht bei irgendeiner bedeutungslosen Aufgabe,
sondern bei der einzigen Entscheidung welche der Bürger in der Demokratie
hat, und das nur alle 5 oder 6 Jahre, seinem Recht zur Wahl, seinem Recht zur
Stimmabgabe, seinem Recht zur Mitbestimmung.

Meine Damen und Herren,

welches System der Stimmabgabe soll bei den nächsten Wahlen
Anwendung finden?

In der wallonischen Region, will man keine Experimente eingehen,
und da immer schon in den meisten Kantonen, mit Papierwahl gewählt wurde,
hat sich die Regierung der wallonischen Region dazu entschlossen,
auf dem ganzen Gebiet der wallonischen Region die Papierwahl wieder
einzuführen.

Die Vorteile der Papierwahl liegen auf der Hand.
Erstens ist sie bedeutend günstiger als die Computerwahl.
Sie ist transparenter, der Bürger kann klar sehen was er gewählt hat,
was bei dem alten Computer Wahlsystem nicht möglich war.

Fraktion im PDG V.o.G.

Wenn er die Karte annahm, diese in den Computer steckte, seine Wahl eingab und die Karte rausnahm, dann konnte er nur hoffen dass seine Stimme auch korrekt wieder gegeben wurde, überprüfen konnte er dies nicht, was im Übrigen von zahlreichen Juristen kritisiert wird, da laut Gesetzgebung, die Wahl für den Bürger nachvollziehbar sein muss.

Bei der Papierwahl ist dies anders. Der Bürger sieht klar seine Entscheidung bevor er den Wahlzettel in die Urne wirft.

Und da es bei den Wahlen um Macht geht, sollte man Vorsicht walten lassen. Der englische Historiker John Dalberg-Acton fasste dies wie folgt zusammen: *„Macht korrumpiert, absolute Macht korrumpiert absolut.“*

Und es wäre naiv zu glauben, dass bei den Wahlen hier in Belgien immer alles korrekt abgelaufen ist.

Ein weiteres Element ist, dass die Informatik-Firmen welche mit der Ausführung und Betreuung des Wahlsystems betraut waren, alles private Firmen waren, welche über Umwege auch noch Interkommunalen unterstanden welche wiederum durch politische Parteien beeinflusst sind.

Und dies alles soll sauber abgelaufen sein?
Na ja, wer´s glaubt?

Nun, meine Damen und Herren, ist man gewillt in der DG – sich von dem alten Computerwahlsystem zu verabschieden und ein neues Computerwahlsystem einzuführen.

So zumindest die Entscheidung der Regierung.

Zurück zur transparenteren und kostengünstigen Papierwahl, so wie die Wallonische Region dies plant, steht nicht zur Debatte.

Es gab hierzu keine Arbeitsgruppe im Parlament, auch haben wir nur am Rande in den Ausschusssitzungen von der Entscheidung der Regierung etwas mitbekommen. Die Presse wurde vor dem Parlament informiert.

Anstatt dass die Regierung, bei solch einer bedeutsamen Sache wie dem Wahlsystem, sich intensiv gemeinsam mit dem Parlament hinsetzt, Experten anhört und dann gemeinsam versucht eine Entscheidung zu treffen. Ist man andere Wege gegangen.

Die Regierung hat sich anscheinend schon mit den Gemeinden getroffen und hierüber ausgetauscht, aber nicht mit den Volksvertretern dieses Hauses.

Wie zu erfahren ist, hat sich die Regierung für das in verschiedenen Teilen Flanderns angewandte System, der Elektronischen Wahl mit Papierbeleg entschieden. Auch genannt nach der Firma „Smartmatic“ oder das „Hybrid System.“

Ich muss zugeben, als die Resolution im Ausschuss besprochen wurde, und man vernahm, dass die Wallonische Region zuständig ist für die Provinzialwahlen auf dem Gebiet der DG, es zu zwei verschiedenen Stimmabgaben bei einer Wahl kommen würde, also Papierwahl für die Provinzialwahl und elektronische Wahl für die Gemeinderatswahlen, dann klang es für mich logisch, solch eine Resolution zu verfassen, mit dem Ziel, dass ein einziges System zur Anwendung kommt und die Wallonische Region sich hier anpassen sollte.

Und dies hab ich den ersten Sitzungen auch so gesagt.

Diese Meinung, hat sich jedoch geändert, nachdem ich mich mit dem von der Regierung vorgeschlagenem neuem elektronischen Wahlsystem auseinandergesetzt habe.

Daraufhin hab ich dann diese Infos an alle Ausschussmitglieder weitergeleitet, und den Vorschlag gemacht, Experten der belgischen Vereinigung POUR EVA anzuhören, welche sich seit Jahren gründlich mit technischen und juristischen Fragen zum Thema Wahlsystem auseinandergesetzt haben.

Dieser Vorschlag wurde jedoch abgelehnt.

Meine Damen und Herren,

welches sind nun die Kritikpunkte am vorgeschlagenen System der Regierung, und warum wird die Vivant Fraktion diese Resolution nicht unterstützen.

Das vorgeschlagene elektronische Wahlsystem mit Papierbeleg, auch hybrides System genannt, besteht aus drei Teilen:

Der erste Teil besteht aus einem Computer mit Touchscreen der vom Wähler benutzt wird um seine Stimme abzugeben. Der Computer druckt nach dem Wahlverfahren ein Ticket aus, versehen mit einem QR-Code und einer Zusammenfassung der Wahl in kleinen Buchstaben.

Der zweite Teil ist die elektronische Urne, auf der man das Ticket scannen muss, damit es anerkannt wird und in welche man auch das Ticket einwirft.

Der dritte Teil ist der Computer des Präsidenten des Wahlbüros, welcher auf zwei USB-Sticks die Daten speichert um diese zu entnehmen.

Im „exposé des motifs“ (neue Gesetzesbegründung) kann man lesen, dass im Verhältnis zum automatisierten System ohne Ticket, also das alte System so wie es in der DG angewandt wurde, das „hybride System“ zusätzliche Garantien in Bezug auf die Kontrolle des Wählers und Transparenz gibt.

Dies wird auch seitens der Regierung erwähnt.
Aber wie sieht es in der Realität aus?

Die Kontrolle der Wahlen durch den Wähler, in diesem System, ist eine Illusion, auch wenn der Wähler das Produkt seiner „getippten Wahl“ (in Mikrocharakteren) auf dem Ticket sieht, ist es festgelegt worden, dass einzig und allein der QR³ Code berücksichtigt wird und dieser ist nicht lesbar für den Bürger.

Hier als Beispiel: *mündliche Darlegung wie das System funktioniert*

Das System sieht nur vor, dass der Wähler, wenn er es wünscht, den Inhalt des QR-Codes auf einem anderen PC, der sich im Wahlbüro befindet, kontrollieren kann. Aber die Bürger, ob sie Wähler oder Parteizeugen sind, haben noch immer keine Möglichkeit zur Kontrolle der Interpretation der Buchung und Totalisierung ihrer Wahl.

Ist dies „Transparenz“ auf der ganzen Linie von der Wahl bis zum Resultat? Nein. Was auf dem Code steht, kann man nicht erkennen. Und der Code ist entscheidend.

Kritiker der Papierwahl sprachen im Ausschuss an, dass sie den Bürgern die Umstellung auf die Papierwahl nicht zumuten wollen.

Dabei vergessen sie, dass auch die Verwendung des Smartmatic System eine bedeutende Umstellung für die Wähler darstellt.

Auch bietet das „hybride System“ also Computerwahl mit Papierbeleg mehr Gelegenheiten Manipulationsfehler zu begehen. Bei der ersten Anwendung im Jahre 2012 in Flandern sind hunderte Zwischenfälle festgestellt worden.

Resultate sind zum Teil durch zu sensible Tastbildschirme verfälscht worden, so sehr, dass am Tag nach den Wahlen Hendrik Bogaert, zuständiger Staatssekretär für die Digitalisierung des öffentlichen Dienstes sich öffentlich für eine Aufgabe dieses Systems und für die Rückkehr zur Papierwahl ausgesprochen hat. Wohl gemerkt wir reden hier von dem neuen System mit Papierbeleg.

Zitat Hendrik Bogaert: „Die Wahlen sind der Pfeiler unserer Demokratie, aber ich habe den Eindruck, dass eines Tages ein ernstes Problem auftreten wird.“

Er erklärte dies indem er auf Probleme mit dem neuen Smartmatic System und den verwendeten USB-Sticks in Brügge hinwies:
„Meines Erachtens sind die Einsparungen nicht sehr groß gegenüber den Risiken“.

Erwähnen sollte man auch die enormen Kosten dieses Systems.

Laut Informationen vom Innenminister aus dem Jahre 2005 kostet die automatisierten Systeme fast 3x mehr als die Papierwahl.

Im Ausschuss hab ich nachgefragt, wie hoch die Kosten für die DG denn seien. Die Regierung konnte dies noch nicht beantworten. Man prüfe dies und sei dabei Angebotsanfragen vorzubereiten.

Wobei auch dies muss erwähnt werden.

Smartmatic ist eine Firma, und es gibt keine große Auswahl an anerkannten Systemen in Belgien, was so viel heißt wie eine Quasi Monopolstellung.

Im ursprünglichen Resolutionstext ging man sogar soweit, dass man nicht von einem elektronischen Wahlsystem mit Papierbeleg sprach, sondern den Namen Smartmatic benutzt hatte.

Das wäre so als wenn man ein neues Computerprogramm anfragt, und direkt von Microsoft spricht.

Man kann also davon ausgehen, dass man sich für dieses System bereits entschieden hat.

Da dieses von der Regierung vorgeschlagene System zu zahlreichen Problemen in seiner ersten Anwendung in Brüssel und in Flandern geführt hat, hat man in der Region Brüssel eine Arbeitsgruppe gebildet, in welche u.a. auch die Vertreter von PourEVA eingeladen wurden.

Und wie uns berichtet wurde haben die Mehrheit der Abgeordneten verstanden, dass Smartmartic nicht in der Lage ist den vielen Empfehlungen (darunter die von der Kommission von Vendig, welche auch in der Resolution erwähnt wird) für die elektronische Wahl gerecht zu werden.

Die Arbeitsgruppe hat als Ziel herauszufinden wie man Smartmartic verbessern kann noch bevor es in allen Brüsseler Gemeinden zum Einsatz kommt.

Auch dies hab ich im Ausschuss erwähnt und vorgeschlagen Kontakt mit dieser Gruppe aufzunehmen. Dem wurde zumindest stattgegeben.

Meine Damen und Herren,

Wahlen sind nicht irgendeine Veranstaltung, nein Wahlen sind der Kern unserer doch sehr gescholtenen Demokratie.

Und mit welchem System der Wähler seine Stimme abgibt sollte gründlich überlegt werden, und hier sollte die Regierung nicht eigene Schritte einleiten, auch wenn die Gemeinden konsultiert wurden, sondern das Parlament, die Regierung, die Gemeinden und auch eine per Zufallswahl getroffenen Gruppe von Wählern aus der DG sollte in einer Arbeitsgruppe sich intensiv hiermit auseinandersetzen.

Ja, die Zeit läuft, aber dies liegt in der Verantwortung der Regierung.

In den letzten zwei Jahren ist hierzu nichts geschehen, jetzt darauf pochen dass etwas geschehen muss und aus Zeitgründen keine Experten einzuladen, so wie es im Ausschuss hieß, ist der falsche Schritt und wird der Aufgabe nicht gerecht.

Die Vivant Fraktion fordert das Parlament und die Regierung auf, offen und transparent diese Überlegungen zu vertiefen, damit dass was vor zwei Jahren geschehen ist sich nicht wiederholt.

Als 1863 Bismarck in einer Debatte erwähnte:
„Wer die Macht in Händen hat, geht dann in seinem Sinne vor.“

erwiderte sein Gegenspieler Maximilian von Schwerin:

»Ich erkläre, dass ich den Satz in dem die Rede des Herrn Minister-Präsidenten kulminierte: ›Macht geht vor Recht‹ ... nicht für einen Satz halte, der die Dynastieauf Dauer stützen kann ..., dass dieser vielmehr umgekehrt lautet: Recht geht vor Macht.“

Nur finden wir nicht, dass man die Dynastie stützen sollte, sondern die Demokratie!

Und in diesem Sinne – liebe Regierungsmitglieder- kommen Sie ihrer Aufgabe nach.

Wir helfen gerne dem Patienten wieder auf die Beine.
Damit das Herz der Demokratien nicht wieder einen Infarkt erleidet und der Bürger sich sicher ist, das seine Stimme auch zählt.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!